

# Signal an Gesundheitspolitiker

SPD-Kreistagsfraktion macht sich für Erhalt von Kliniken im ländlichen Raum stark

**Amberg-Sulzbach.** (exb) Bundesweit vergehen kaum Wochen, in denen nicht über die Schließung kleiner Krankenhäuser im ländlichen Raum berichtet wird. Hintergrund sind in erster Linie wirtschaftliche Betrachtungen. Der Gesetzgeber hat die Zuständigkeit für Richtlinien dem Gemeinsamen Bundesausschuss übertragen. Dieser legt Fallzahlen (Mindestzahl für einzelne Operationen) fest, die als Qualitätsmaßstab dienen und von Krankenhäusern nachgewiesen werden müssen.

Werden diese Fallzahlen erhöht, können kleinere Krankenhäuser diese Vorgaben nicht mehr erfüllen. Sie werden gezwungen, einzelne Abteilungen zu schließen, was zum schrittweisen Sterben führt. Durch diese Verfahrensweise hat die Politik ihre Verantwortung aus der Hand gegeben. Derzeit läuft nun eine bundesweite Unterschriftenaktion für den Erhalt kleiner Krankenhäuser.

Einen Ortstermin nutzten die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion, um auf die derzeit laufende Unterschriftenaktion für den Erhalt der Kliniken im ländlichen Raum aufmerksam zu machen. Unterzeichner dieser Petition fordern die Bundesregierung und die Landesregierungen dazu auf, ihrer politischen Verantwortung gerecht zu werden und auch im ländlichen Raum eine gute pa-

tienten- und zukunftsorientierte, wohnungsnahe Krankenhausversorgung dauerhaft sicherzustellen.

Dazu Fraktionsvorsitzender Winfried Franz: „Kleinere Krankenhäuser sind von großer Bedeutung und dürfen nicht geschlossen werden, da beim derzeit herrschenden Ärztemangel die medizinische Versorgung der Bevölkerung durch Haus- und Fachärzte nicht überall gewährleistet ist.“ Günther Cermak und stellvertretende Landrätin Brigitte Bachmann meinten: „Ein Konzentrationsprozess weg von kleinen ländlichen Krankenhäusern hin zu großen Klinik-Zentren ist der falsche Weg.“

Bezirksrat Richard Gaßner verwies darauf, dass in den Rathäusern des Landkreises Unterschriftenlisten aufliegen, und Dr. Armin Rüger verwies auf die Möglichkeit, sich online in die Unterschriftenlisten ([www.openpetition.de/petition/online/stoppt-das-krankenhaussterben-im-laendlichen-raum](http://www.openpetition.de/petition/online/stoppt-das-krankenhaussterben-im-laendlichen-raum)) einzutragen. Ex-Landtagsabgeordneter Reinhold Strobl sagte: „Kommunal-, Landes- und Bundespolitiker aller Parteien aus ländlichen Regionen müssen sich mehr zu Wort melden.“ Auch der ländliche Raum habe ein Anrecht auf eine gute Krankenhausversorgung.

Die Forderung der SPD-Kreisräte: Die flächendeckende Sicherstellung

der Krankenhausversorgung muss eine originär politische Entscheidung sein, die nicht in erster Linie den Vorgaben eines Expertengremiums überlassen werden darf. Ob in einem Krankenhaus gute Arbeit geleistet werde, zeige sich nicht anhand von Fallzahlen, sondern durch die Patientenzufriedenheit.

Ob die angebotenen Leistungen eines Krankenhauses dem regionalen Bedarf entsprechen, lasse sich am Grad der Marktabdeckung und der Patientenzufriedenheit bemessen. Diese Kriterien müssten verstärkt in die Betrachtung einbezogen werden, forderte Achim Bender. Rein betriebswirtschaftliche Betrachtungen dürften nicht Maßstab der Gesundheits- und Krankenversorgung sein.

Es gibt immer wieder Bestrebungen, die Anzahl der Krankenhäuser bundesweit von 1750 auf 600 zurückzuführen. Dieses Modell, so Winfried Franz und Reinhold Strobl, sei jedoch auf ländliche Regionen mit großen Entfernungen überhaupt nicht übertragbar. Die beiden SPD-Mandatsträger sind sich mit Klaus Emmerich, dem Vorstand der Landkreis-Krankenhäuser, einig: „Wir brauchen das Signal, dass bei den Gesundheitspolitikern eine wohnortnahe akutstationäre Versorgung absolut Priorität hat.“



Bei einem Ortstermin machten die Mitglieder der SPD-Kreistagsfraktion mit ihrer Unterschrift Werbung für die derzeit laufende Aktion zum Erhalt der Krankenhäuser im ländlichen Raum.

Bild: exb